

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1870

15.4.1870 (No. 89)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 89.

Erscheint täglich (Montag ausgen.)
Preis 1 fl. 18 kr. durch die Post be-
tragen 1 fl. 33 kr. vierteljährlich.

Freitag, 15. April

Insertionsgebühr:
die gespaltene Zeile über deren
Raum 3 Kreuzer.

1870.

Wir wollen keine Parteiherrschaft!

Dieses erklärte die patriotische Mehrheit der bayerischen Abgeordnetenversammlung in der Antwortadresse auf die Thronrede: Das neue Ministerium erklärte sofort durch den Mund des Premier Grafen von Bray: Die Regierung erkennt ihre Stellung außerhalb der Parteien, und in der Förderung des Friedens und der Versöhnung ihre Aufgabe.

Die „Donauzeitung“ ist bereits in der Lage, an einem Punkte zeigen zu können, daß es der jetzigen bayerischen Regierung hiermit voller Ernst ist. Dieselbe meldet nämlich, das Ministerium des Innern sei damit beschäftigt, die patriotische Presse von dem Drucke, der unter dem vorigen Ministerium auf derselben gelastet, zu befreien. Es sollen insbesondere auch amtliche Zinserate ohne Rücksicht auf politische Parteistellung der Blätter da eingerückt werden, wo sie voransichtlich den besten Erfolg haben. Der betreffende Ministerialerlaß sei bereits zur Versendung an die Behörden fertig. Schon dieser eine relativ kleine Erfolg erscheint als ein süßer Lohn für die Anstrengungen, die das bayerische Volk auf den Sturz jenes Drucksystems verwendet hat. Denn in Bayern stand der abscheuliche Lügen-, Heß- und Verfolgungsgeist des kirchenfeindlichen gemeinen Liberalismus, der dabei zugleich entrastet großpreussisch ist, was ihm einen sehr bezeichnenden Anstrich gibt, in üppigster Blüthe. Bekanntlich nannte ein ministerieller Erlaß in Bayern das katholische Volk Schlamm und Unrath; das ist nur ein anderer Ausdruck für Stimmvieh. In der Sitzung der bayerischen Abgeordnetenversammlung vom 8. d. M. belegte der Abg. Pfarrer Dr. Westermaier mit Beispielen zahllose vom Staatsanwalt unverfolgt gebliebene Beschimpfungen gegen Kirche und Klerus. Ueber den Stand der Geistlichen sei seit Jahren tagtäglich in der Presse eine Schilderung gemacht worden, daß die Zuchthäuser noch wahre Goldgruben dagegen seien. Wo hätte nun für diesen Stand ein Schutz in der Presse bestanden? Er und seine Standesgenossen wollten nicht einem Minister, keiner Behörde, sie wollten weiter nicht als dem rechtschaffenen Arbeiter an die Seite gestellt werden, den man auch keinen Betrüger schelten dürfe; während man ihnen (den Geistlichen) täglich sage, sie seien bloß dazu da, um die Leute zu betrügen. Der Grund des Hasses gegen die katholische Geistlichkeit in der Presse sei der nämlich wie gegen die protestantische Geistlichkeit; es sei lediglich der Haß gegen das positive Bekenntniß des Christenthums. Das, was uns Allen gemeinsam ist, der Glaube an die Erlösung durch das Kreuz, ist es, das fortwährend angegriffen wird, indem man die katholischen Geistlichen Ultramontane und die Träger des protestantischen Glaubens Mucker nennt. Er wünsche, daß die jetzigen Lenker der Staatsregierung sich davon überzeugen möchten, daß das gläubige katholische und protestantische Volk fortwährend mit Spott übergossen wird. Unter dem früheren Regime hätte man die Gläubigen nicht schützen

wollen. Zum Beweise hierfür verliest Redner unter dem Staunen des ganzen Auditoriums ein Antwortschreiben des vorigen Ministers des Innern auf eine Anfrage des Münchener Erzbischofs, ob die Staatsregierung nicht Schutz gewähren könne gegen die Angriffe auf die Religion in der Presse. Minister von Hörmann hat hiernach dem Erzbischof erwiedert: „So lange der erzbischöfliche Stuhl nicht dafür Sorge trage, daß in dem Münchener „Volksboten“, in der „Donauzeitung“, dem „Amberger und Straubinger Tagblatt“ die Angriffe gegen die Staatsregierung aufhören, so lange werde die Regierung den Angriffen der liberalen Presse auf Religion &c. keinen Einhalt thun.“ Es hatte also der Minister seinen Standpunkt offen identifiziert mit der kirchenfeindlichen Parteipresse. Dr. Westermaier schloß: Wann und wo, frage ich, hat die Regierung eines zivilisirten Staates jemals eine derartige Entscheidung getroffen? Und eine solche Regierung glaube in der Adressdebatte noch den Vorwurf einer Parteiregierung von sich abweisen zu können?

Die Zustände in Baden haben unlängbar manche Ähnlichkeit mit jenen, welche durch den Wahlsieg der patriotischen Partei in Bayern vom Raaken des bayerischen Volkes genommen wurden. Sehen wir unverdrossen unsere gesetzliche Arbeit für das Recht fort unter dem gleichen Lösungsworte.

△ Karlsruhe, 14. April. Die Mitglieder der Kammermehrheit können nicht von Enthusiasmus sprechen, bei ihrer Heimkunft vom Landtage. Es war noch nichts zu vernehmen von Dank- und Anerkennungsadressen, von Fackelzügen, Zweckessen u. dgl., welche ihnen von den Wahlmännern und Wählern wären gewidmet worden. Hiernach dürfte denselben die Aufgabe nicht leicht gemacht sein, die Werke des Landtages in der Heimath zu vertreten. Vielleicht würden die Dinge in dieser Beziehung sich günstiger angelassen haben, wenn bloß die Ultramontanen in der Lage wären von freudiger Dankbarkeit für die Resultate der Landtagsarbeiten der nationalliberalen Partei nicht erfüllt sein zu können. — Eigentümlich verschieden zeigt sich die Lohnauszahlung. Bezüglich der Staatsdiener, welche die Hälfte der Kammermehrheit ausmachen, ist nichts zu sagen. Den unabhängigeren Abgeordneten aus bürgerlichen Kreisen mögen die schiefen Gesichter im Volke eine wohlthuende Anerkennung sein für gehabte Mühe und Hingebung. Den Führern, vorausgesetzt, daß die Fama bezüglich deren Eintrittes in vortheilhafte Staatsämter Wahrheit kündet, lächelt schon eine annehmlichere Vergeltung — der glänzendste und ausgiebigste Theil fiel aber Hrn. Jolly zu. Nach unserer Auffassung ist eigentlich von allen für den Hrn. Staatsminister gearbeitet worden. Indessen, er hat auch seine Sache wirklich gut gemacht. Wir treiben durchaus keinen Scherz, indem wir uns zu dieser Ansicht bekennen. In Stuttgart wird gegenwärtig nur nach dem Muster zu Werke gegangen, das Hr. Jolly im Mai v. J. auf

gestellt hat. Ein konstitutioneller Minister kann unter Umständen in den Fall kommen, durch Eskamotage sich aus einer Schlinge zu ziehen. Herr Jolly hat es verstanden, den Erfolg einer Volksbewegung im Beginn des Adressensturmes zu eskamotiren. Eskamotours bedürfen gewöhnlich der Helfer; auch hierin zeigte sich Hr. Jolly klug und weise; die Helfer stellten sich ihm zur Verfügung. Wie noch kein badischer Minister vor ihm, waltet Hr. Jolly seines Amtes unter einer exceptionellen Gunst der Verhältnisse; sein unbestreitbares Talent kann sich mit fast unbegrenzter Freiheit im weitesten Spielraum bewegen. Es läßt sich kühn behaupten, solchen Minister hatte Baden noch nie; so weit wie Hr. Jolly war noch kein badischer Minister situiert. Man muß das bewundern, besonders wenn ein Grund bestehen sollte zu der Annahme, daß Herr Jolly durch die eigene persönliche Bedeutung, durch sein Genie, seine Staatsklugheit sich diese Lage selbst geschaffen hat. Die Wohlbestimmung der Stellung des Hrn. Staatsministers bei dem Landtagschlusse — wozu das Land nicht verfehlen darf sich Glück zu wünschen — resultirt aus der ausgezeichnet geschickten Lenkung der im Einflusse zusammenlaufenden Kräfte und Willensregungen. Der Reich will das allerdings nicht gelten lassen. Von ihm wurde die Nachrede erbracht, daß die Huldgötter, welche über den glücklichsten der Minister schweben, preussische Flügel hätten; allein es ist eben der blasse Reich, von dem dieses gefagt wird, und überdies stößt dies von Obigem nichts um; denn Verdienst, anerkanntes Verdienst, bleibt immerhin Verdienst, wenn Andere auch nichts davon haben als Aerger und Verdruß. — Das badische Volk kann, wenn es will, sich einem Frohgefühl überlassen im Hinblick auf die Errungenschaften, welche es dem hochverdienten Minister ohne Gleichen und der nicht minder verdienstreichen Kammermehrheit zu verdanken hat.

△ Vom Rhein, 13. April. Kürzlich schrieb die „Konstanzer Ztg.“:

„Jetzt ist auch wieder die Zeit, wo die Soldaten durch ihre Vorgesetzten zur Reichte geführt werden. Aufgeklärtes Baden, welche Widersprüche birgst du! Im sechszehnten Jahr tritt bei den Angehörigen die Religionsmündigkeit ein, im zwanzigsten hört sie wieder auf; Kirche und Staat sind getrennt und der Staat führt seine Soldaten zum Reichthum. Sogar die „Fr. Stimme“ gibt ihren Konsens zur Abschaffung dieses Zwangs, aber der Staat, kirchlicher als das ultramontane Blatt, hält denselben aufrecht; der Staat entzieht gewissen Feiertagen den polizeilichen Schutz, aber seine Soldaten werden an diesen Tagen in die Kirche genöthigt und müssen in der Sonntagsuniform spazieren gehen.“ Gegen die Richtigkeit dieser Bemerkungen wird nichts eingewendet werden können. Es ist damit aber auch der Widerspruch in dem herrschenden System in das schreiendste Licht gestellt. Man muß nothwendig schließen, daß im badischen Ministerium auch zwei Seelen walten. Bei dem Militär wird die Verähnlichung mit

Berichtliches.

Wien. Am Freitag fand hier die feierliche Beerdigung der bei dem Einsturz in der Maximiliansstraße Verunglückten statt. Daß es an erschütternden Scenen nicht fehlte, ist wohl begreiflich. Hier sank eine Frau schmerzgebrochen am Sarge des Gatten nieder, dort schluchzten Geschwister am Sarge der Schwester, ein alter Mann weinte neben der Leiche seines Kindes, Kinder klagten herzzerreißend um ihre Eltern. Die lange Reihe der Särge bot einen düsteren Anblick und das ergreifende Schluchzen der armen Hinterbliebenen fand ein tausendfaches Echo in der theilnahmenvollen Menschenmenge, die dem Zuge das Geleite gab. Sämmtliche zehn Opfer wurden in einem gemeinschaftlichen Grabe bestatet.

Bonn, 9. April. Die durch ihre Vollständigkeit und Reichhaltigkeit einzig dastehende Mozart-Bibliothek des Prof. Otto Jahn ist durch die thätige Beihilfe und Munificenz unseres Stadtverordneten Hrn. Kallmann für die königliche Bibliothek in Berlin erhalten. (R. Z.)

Halle, 4. April. Der Professor an hiesiger Universität Dr. Moritz Heyne hat einen Ruf von Basel an Wadernagel's Stelle erhalten und denselben angenommen.

(Kleine Chronik.) In Preußen war es früher eingeführt, längere Zeit aber außer Übung gekommen, daß wenn einem Ehepaare der siebente Knabe geboren wurde, bei diesem der König zu Gvatter stand. Diese militärstaatliche Einrichtung ist jetzt neuerdings wieder in das Leben gerufen worden, für Ehepaare, welche das seltene Glück betrifft, einem achten Sohne

das Dasein zu geben. — Vom 28.—30. Juli d. J. soll in Dresden ein allgemeiner deutscher Brauereitag abgehalten werden. Zahlreiche Anmeldungen dazu sind bereits jetzt schon an dem Vorort eingelaufen. — Das Fäschchen, welches auf der Hanauer Eisenbahn mit 7000 fl. in Oßter. Sechsen, gefüllt vor einiger Zeit abhanden gekommen war, ist leer dicht neben dem Schienengleise eingegraben aufgefunden worden, genau an der Stelle, wo der Wagen gestanden hatte, aus dem dasselbe gestohlen worden war. — Das nächste allgemeine deutsche Schützenfest soll im Jahr 1871 abgehalten werden, wozu sich dem Vernehmen nach, Hannover und Düsseldorf erboten haben. — Aus Bayern wird über den Ausgang eines Prozesses berichtet, der im 15. Jahrhundert seinen Anfang nahm und anno 1862 entschieden wurde. In Folge davon kam die Gemeinde Burghelm in den Besitz von 9000 Tagwerken Wald, und nun soll die klägerische Gemeinde von dem beklagten Freiherrn von Thüngen noch außerdem eine Entschädigung von nahezu einer Million Gulden, sowie verschiedene angeblich zum Walde gehörende seltene Flächen Land verlangen, woraus ein neuer Riesenzug zu entstehen droht. — Das Aktienvolkstheater in München wurde um 70,050 fl. versteigert. Es haften auf demselben 207,000 fl. Hypothekenschulden; das Aktienkapital betrug 450,000 fl.; im Ganzen gehen an dem Unternehmen 600,000 fl. verloren. — Von dem Pariser Schauspieler Lamaitre, der sich unlängst in der Fieberhitze aus dem Fenster auf die Straße stürzte und augenblicklich todt war, wird berichtet, seine liebste Rolle sei gewesen, die eines Hugonottenhelden in dem Stücke Patrie, in welcher Rolle er sich durch das Fenster auf

einen Scheiterhaufen zu stürzen hatte, auf dem seine Waffengefährten sich befanden. —

— Die „Schwäb. Volksztg.“, der im Kampfe gegen die vereinigten Demokraten und Großdeutschen der Humor nicht ausgeht, bringt folgendes ergötzliche Gedicht: „Dem großen Volksmann zu Ostern.“

Dir klingt mein schwaches Leyerle,
O Mayerle, o Mayerle,
Du Dränger und du Dräuerle,
Du Retter und Befreierle
Von Preußenjoch und Steuerle!
Du Leitstern und Leuchtfenerle
Für Bürgermann und Bäuerle. —
Du Schwägerle, du Schreierle,
Du ewig Wiederkauerle
Von leerem Stroh und Spreuerle!
O Mayerle, o Mayerle,
Du Land- und Leut-Entweierle,
Du Schalk im Unschuttscheierle,
Du Gift- und Gallenspielerle,
Du falsches Prophezeierle,
Du Lug- und Trug-Aussteuerle,
Du Nachtzungeheuerle —
Hu! Hu! Mich packt ein Schauerle
Du Schweppermann hol's Geierle
Es leg' der Haas dem Mayerle —
Dem Ma- Me- Mi- Mo- Mayerle
Zwei große Osiereierle! —

Preußen bis in das kleinste Detail durchgeführt. Für die Civilbevölkerung findet in den wichtigsten Beziehungen das Gegentheil statt. Der Minister des Innern erklärt den Staat für konfessionslos. Das Kriegsdepartement lehrt sich hieran nicht, es verfährt im Punkte der religiösen Ordnung nach der Observanz des christlichen Staates. Nun sollte man meinen, der Minister des Innern, als Vater der Feiertagsverordnung, könnte der Konsequenz seines Systems wegen diese Verschiedenheit nicht dulden; es müßte zu einer Kabinetskrisis kommen. Jedoch keine Spur hiervon; in Bezug auf die Konsequenz seines Systems vom konfessionslosen Staate scheint Hr. Jolly von der Strammheit im Stiche gelassen zu sein.

Berlin, 10. April. Der Umstand, daß die Verordnung wegen Einberufung des Zollparlamentes bereits unter'm 8. d. vollzogen werden konnte, ist wohl ein vollgültiger Beweis für die Richtigkeit unserer Angabe, daß die Tarifreformvorlage im Zollbundesrathe durchaus keiner Schwierigkeit begegne. Man braucht sich in letzterer Beziehung die in Betracht kommende objektive Sachlage auch nur einfach zu vergegenwärtigen, um sofort über das Verhältnis der Regierungen zur Sache klar zu sein. Im verflossenen Jahre waren es besonders die süddeutschen Regierungen, welche sich gegen eine Herabsetzung des Reiszolles erklärten. Das Falllassen der betr. Proposition in der gegenwärtigen neuen Vorlage ist also eine Konzession an die südd. Staaten. Dasselbe ist der Fall bezüglich des Falllassens der im verflossenen Jahre beabsichtigten Zollermäßigung auf grobe Eisengüßwaren. Wenn man also den süddeutschen Staaten in Bezug auf diese beiden Punkte den Willen thut, warum sollen diese dafür nicht Ja sagen zu der Kaffe Zollerrhöhung, die ihnen außerdem ja auch noch eine sehr willkommene Mehreinnahme bringt? Der ganze Zuschnitt der Tarifreformvorlage ist eben handgreiflich danach eingerichtet, daß die Kaffe Zollerrhöhung durchgehen soll. Auch in Bezug auf das Zollparlament ist man in, der Präsidialregierung nahestehenden Kreisen, voll Vertrauen. Man rechnet in dieser Beziehung, mit Rücksicht auf das in Betracht kommende veränderte Interesse, auf eine ganz andere Konfiguration der Parteistellungen, als die bisher gewohnte. Was inzwischen die große Majorität der Vereinsregierungen betrifft, so hat für diese die Vorlage jedenfalls einen so einladenden Charakter, daß es für sie einer langen Diskussion über dieselbe kaum bedarf, und man hört dem entsprechend denn auch, daß in diesen ersten Tagen die zweite Plenarsitzung des Zollbundesrathes stattfinden soll, in welcher die für das Zollparlament bestimmten Vorlagen bereits förmlich fertig gestellt werden sollen.

Berlin, 11. April. Ueber das Befinden des Grafen Bismarck wird der „Edln. B. Z.“ geschrieben, das Unwohlsein des Hrn. Bundeskanzlers habe seinen Grund nicht in einer Störung des Nervensystems, sondern nur in einem „verstauchten“ Magen. Sonst soll Graf Bismarck sich körperlich und geistig einer Friese erfreuen, wie man sie seit Jahren nicht an ihm wahrgenommen hat. Die Theilnahme an den heftigen Debatten im Reichstage hätten nicht den geringsten Einfluß auf seine Nerven gehabt; es ließe ihn das ziemlich kalt, in vertrauten Kreisen spreche er von der Opposition der Nationalliberalen und der inneren Lage überhaupt mit einer erstaunlichen Geringschätzung. Ebenso soll er sich auch fortwährend sehr befriedigend über die europäische Situation äußern, die für Preußen kaum günstiger sein könne als in dem gegenwärtigen Augenblicke. Ob sich aber hinter diesem munter sprudelnden Redefluß nicht doch ernste Gedanken verbergen, ist eine andere Frage.

Berlin, 13. April. Die „Kreuzzeitung“ erklärt die Zeitungsnachricht von einem in Ems bevorstehenden Fürstentag als der Begründung entbehrend.

Berlin. Die Kasernenscheu steht in vollster Blüthe. Der „Staatsanzeiger“ bringt auch heute wieder 2 1/2 Spalten mit Citationsen von „unbefugte“ ins Ausland entlassenen Militärpflichtigen, Reservisten und Wehrmännern: 9 aus Templin, 63 aus Straßund, 21 aus Grünberg, 18 aus Ostrowo — „Zeug für ein ganzes Bataillon“, wie der Proletarier bei Freiligrath sagt.

Darmstadt, 11. April. Was die heftige Steuer-schraube seit 1866 geleistet hat, geht aus einer offiziellen Uebersicht über die Normalsteuerkapitalien für 1870 hervor. Im Jahr 1865 kamen auf den Kopf der Bevölkerung 18,8 fl. Normalsteuerkapital; im Jahre 1870 beträgt dasselbe 25,1 fl. Es ist diese Steigerung keineswegs die Folge des gestiegenen Wohlstandes, sondern der seit 1866 stets anschwellenden Bedürfnisse der Militärverwaltung. Wenn man preußische Ausgaben hat, müssen eben auch preußische Einnahmen geschaffen werden.

† **München.** Das jüngst in der „A. Z.“ veröffentlichte Verfassungsprojekt für die vereinigten Staaten Süddeutschlands hat nur flüchtig die öffentliche Aufmerksamkeit gefesselt. Von wem dasselbe ausgegangen, ist noch nicht genau bekannt geworden; vermuthlich hat dasselbe den Fürsten Hohenlohe zum Verfasser, als dessen politisches Testament dasselbe von der de-

mookratischen Presse bezeichnet wurde. Die „A. Z.“, das Organ des Grafen Bismarck, stellte bei Besprechung dieses Verfassungsentwurfes außerdem, daß an der Aeußerung im Ganzen zu bemerken war, wie wenig der preußischen Politik eine solche im Prager Friedensvertrag vorgesehene Vereinigung der Südstaaten zusagen würde, die Behauptung auf, wahrscheinlich um den National-Liberalen allüberall den Eifer zu erfrischen, daß die Verträge von Nikolsburg und Prag dem Eintritt eines einzelnen der Südstaaten nicht entgegenstünden. Da Preußen es in der Hand hat, jeden Augenblick thatsächlich die Probe hierüber zu machen, so kann man süglich bis dahin jedes Wort für den Nachweis des sonnenklaren Gegentheiles unterlassen. — Die Gestaltung der Dinge in Bayern erfreut sich keiner Beliebtheit in den politischen Kreisen Berlins; die Hofoffizien hüllen sich in Schweigen; nur die Untergeordneten zweiter und dritter Klasse an den verschiedenen Eiden und Ecken Deutschlands ergreifen sich in Plänkereien. Die „Weiserzeitung“ ist übel zu sprechen auf unsere Fortschrittler, da dieselben in der Militärbudgetfrage kürzlich mit den Patrioten stimmten. Daß Preußen bei uns Fuß zu fassen sucht, ist nicht erst seit 1866 eine offen bekannte Sache. Nach 1866 wurden die deßfalligen Bestrebungen begreiflicher Weise nachdrücklicher. Die „Demokr. Korresp.“ versichert, Preußen wende für diesen Zweck ungeheure Summen auf; allein die Presse beziehe jährlich 30 bis 40,000 Thaler; manche Blätter, wie die „Fröbel'sche „Süddeutsche Presse“, würden ganz von Preußen unterhalten. In Folge von Indiskretion könne man sogar die Summen, welche Einzelne erhalten. Die „Süddeutsche Post“ berichtet, nach München fließe das Geld vom auswärtigen Amte zu Berlin in reichem Maße, und die Verleumdung geschehe von den Herren in Berlin so offen und mit der Bezeichnung des Ursprunges, als wenn sie sich gar nicht zu geniren hätten. Vor den Wahlen sei aus dieser Quelle eine Sendung von 10,000 Thalern gekommen. Der Aufwand wird aber ein vergeblicher sein, da bei dem erfolgten Umschwunge eine Verpreuung Bayerns wenigstens auf solchem Wege zu den Unmöglichkeiten gehört. Die national-liberalen und preußisch-offiziösen Blätter wollten anfänglich glauben machen, das Programm des Grafen von Bray in der deutschen Frage sei eigentlich mit dem des Fürsten Hohenlohe ganz gleich. Der gewaltige Unterschied, welcher zwischen der Politik dieser beiden Staatsmänner besteht, wird aber von der „Süddeutschen Post“ in folgender trefflicher Weise auseinandergesetzt: „Der Grundgedanke des Hohenlohe'schen Programms war der, daß Bayern in jener Isolirung nicht bestehen könne, sondern daß es einer Stütze bedürfe, und diese glaubte der Fürst ausschließlich an Preußen gefunden zu haben; darum legte er ungeheures Gewicht auf den Allianzvertrag mit Preußen, den er als eine Wohlthat für Bayern betrachtete und den er gewiß abzuschließen beflissen gewesen wäre, hätte er ihn nicht schon fertig vorgefunden. Er hatte sogar an dem Vertrag noch nicht genug; er wollte sich immer mehr an Preußen „anschließen.“ — Graf Bray hingegen ist gerade entgegengesetzter Ansicht. Bayerns jetzige Stellung, sagt er, ist nicht nur haltbar, sondern sie ist „unangreifbar“, bedarf also keiner Stütze. Er findet die isolirte Stellung Bayerns durch die politischen Machtverhältnisse in Europa und durch das eigene Volk gesichert. Er will sich Preußen nicht mehr anschließen als jeder andern Macht, er will zu allen Staaten ohne jegliche Bevorzugung Preußens gleich freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Das liegt deutlich und klar in seinem Programm, das uns himmelweit von dem unterschieden dünkt, was Fürst Hohenlohe will. Wäre der Allianzvertrag mit Preußen nicht schon geschlossen, — Graf Bray würde ihn gewiß nicht schließen. Er betont deswegen auch, daß die offensive Bedeutung des Allianzvertrages ausgeschlossen sei — eine Auslegung, die bekanntlich weder Preußen noch Fürst Hohenlohe zugaben.“ Lassen Sie mich schließlich noch eine Bemerkung des „Münchener Pastoralblattes“ anführen, die auch bei Ihnen in Baden mit Interesse vernommen werden wird. In einer Zurückweisung eben so albern als böswilliger Verdächtigungen der Katholiken in Artikeln der „A. Z.“ sagt das kirchliche Blatt u. A.: „Es ist ein charakteristisches Zeichen, mit dessen Anführung wir bloß eine Thatsache konstatiren und nicht im Entferntesten eine Anklage aussprechen wollen, daß die ganze patriotische Partei in der Abgeordnetenkammer nur aus Katholiken besteht, keinen einzigen Andersgläubigen in ihrer Mitte zählt.“ Und nun stelle man neben diese Thatsache das Programm und das ganze Auftreten dieser patriotischen Partei, dieser verschricenen Ultramontanen, Freiheitsfeinde &c. Da müssen doch endlich dem liberalen Deutschthum die Augen aufgehen, welcher noch immer sich von den National-Liberalen mit dem Bau Bau gänglich läßt. Einzelne erleuchtete Demokraten haben bereits ein besseres Verständnis der Zeichen der Zeit gewonnen, es sind deren aber vorerst nur wenige.

Aus Bayern. Ueber das Programm des Grafen Bray sagt die „Ausg. Post.“: „Graf Bray deklarirte

aus dem Wortlaute und der mit seiner Person in direkter Beziehung stehenden Entstehungsgeschichte des Allianzvertrages die Unzulässigkeit jeder Besorgnis in Ansehung der Verpflichtung zur Heeresfolge bei etwaigen Offenfeldkriegen Preußens, und wenn er schließlich aufforderte, die Kammer möge getrost ihre erleuchtete Vaterlandsliebe zur einzigen Richtschnur ihrer Verhandlung und freien Beschlußfassung über die außerordentlichen Militärbedürfnisse machen, so dokumentirte er hierdurch, daß seiner vorher ausgesprochenen Ueberzeugung, der Allianzvertrag mit Preußen lege im Frieden Bayern keinerlei andere Lasten und Beschränkungen auf, als den Besitz von den Interessen des Landes entsprechenden Wehrkräften überhaupt, ein unerwünschtes Ernst zu Grunde liege, von dem der Amtsvorfahre des Grafen Bray eine gleiche Probe zu liefern kaum im Stande gewesen wäre.“ Weiter urtheilt die „Post-Zeitung“: „Ebenso wie die Versicherung des Festhaltens an den Verträgen mit Preußen und dem Nordbunde und die Auslegung des Allianzvertrages wirkte die Entschiedenheit erfreuend und ermutigend, mit welcher Graf Bray im Uebrigen die Unabhängigkeit des Landes und dessen freie Selbstbestimmung zu wahren verspricht und mit welcher er seiner Ueberzeugung von der Haltbarkeit der gegenwärtigen Situation Bayerns, von der Existenzfähigkeit eines Kernvolkes von nahezu fünf Millionen, Ausdruck leiht. Bei der Entwicklung, welche die Gefährdung der Selbstständigkeit der Kleinstaaten innerhalb des Nordbundes nimmt, ist das Programm des Grafen Bray, sofern es sich mit den Banden der Landesverteidigung und der Nationalwirtschaft, welche Bayern mit dem übrigen Deutschland umschlingen, begnügt, von großer Bedeutung und unterscheidet sich vortheilhaft von den Programmen des Fürsten v. Hohenlohe, welche Bayern immer mehr in die Machtphäre des Nordbundes zu bringen beabsichtigen und durch Nahrung der Hoffnungslosigkeit und Gleichgültigkeit für die Selbsterhaltung Bayerns dieser Absicht wirksam vorarbeiteten. Ein weiteres sich von der Hohenlohe'schen Politik unterscheidendes Merkmal liegt in der Stellung, die der Graf Bray zum Projekte des Südbundes einnimmt. Während Fürst Hohenlohe in seinen beiden Programmen vom 19. Januar und 8. Oktober 1867 den in sich abgeschlossenen südwestdeutschen Bundesstaat unbedingt perhorrescirte, da er nur die Kluft zwischen dem Süden und Norden Deutschlands erweitern würde, verhält sich Graf Bray nicht unbedingt ablehnend zur Idee des Südbundes, sondern läßt es dahin gestellt sein, ob deshalb, weil der Südbund bisher nicht gelungen sei, endgiltig auf denselben verzichtet werden müsse, und erwartet jedenfalls von der Gemeinsamkeit der Interessen Süddeutschlands genügende Anhaltspunkte zu einem steten und herzlichen Zusammengehen. Die Pflege der Interessen Süddeutschlands, welche Graf Bray auf dem Wege einer praktischen Politik verspricht, gewährt die zuversichtliche Hoffnung, daß die Idee des Südbundes nunmehr auch Fleisch und Blut gewinne. Der Südbund ist das einzige Mittel, um die inneren Verhältnisse Deutschlands in einer Weise zu fixiren, welche nicht nur den allgemeinen Interessen Deutschlands, sondern auch den besondern Süddeutschlands förderlich ist. Deutschland würde durch den organischen Zusammenschluß gleichartigen Gebiete und Bevölkerungen, welche bisher einzeln dem Nordbunde gegenüber oder zur Seite standen, ferner durch die Attraktionskraft, welche der Südbund mehr als ein unter der Nordbundesverfassung geeintes Gesamtdeutschland auf Oesterreich und freundschaftliche Beziehungen zu Oesterreich überhaupt üben würde, gewinnen, Süddeutschland aber die Grundlagen seiner selbstständigen staatlichen Existenz festigen und für den Fall der Interessencollision zwischen Süd und Nord die in der wohlgegliederten Gemeinsamkeit des Handelns liegende Machtstärke zu Gunsten der eigenen Interessen ausnützen.“

• **Wien, 12. April.** Der Eintritt Reichbauers in das neu zu bildende Ministerium soll daran gescheitert sein, daß der Kaiser zwei Punkte des vorgelegten Programms nicht annehmbar fand. Der erste Punkt betraf die vollständige Aufräumung mit dem Konkordate überhaupt fortgesetzte Gesetzgebung in konfessioneller Richtung, und bedeutende Herabminderung des Militärbudgets.

Im ungar. Unterhause brachte am Donnerstag der Minister Edöwö folgende Gesetzesentwürfe ein: Ueber Religionsfreiheit, über die Reorganisation der Universität, die Errichtung einer Akademie in Klausenburg, die Reorganisation des Polytechnikums, die Reorganisation der Mittelschulen und die Errichtung von Kleinkinderbewahranstalten. Ferner reichte der Minister den Beschlußantrag ein, daß zur Prüfung dieser Gesetze eine Kommission eingesetzt werde, und verlangte einen Nachtragskredit für sofort einzuführende Verbesserungen an der Universität.

Die Betriebseinnahmen der galizischen Karl-Ludwigsbahn vom 1. März bis 31. März d. J. betragen 480,737 fl., mithin eine Mehreinnahme von 116,020 fl. gegen den entsprechenden Monat des vorigen Jahres.

† **Wien, 13. April.** Die „Wien. Ztg.“ veröffent-

licht acht kaiserl. Hand schreiben, datirt vom 12. d. M., an die Mitglieder des beständigen Ministeriums gerichtet, durch welche dieselben ihrer Funktionen enthoben werden, an Gistra, Herbst und Brestel wird gleichzeitig die Würde eines Geheimraths verliehen. Ferner veröffentlicht dasselbe Blatt vier kaiserl. Hand schreiben, welche den Grafen Potozki zum Ministerpräsidenten und Chef des Ackerbauministeriums, den Grafen Taaffe zum Minister des Innern und Chef des Ministeriums für Landesverteidigung, sowie den Hofrath Tschabuhnig zum Justizminister und Leiter des Kultusministeriums ernennen; und ferner dem Sektionschef im Ministerium der Finanzen R. Distler die Leitung des Finanzministeriums, und dem Sektionschef im Handelsministerium v. Pretis Cagnodo die Leitung des Handelsministeriums übertragen.

Wien, 13. April. Feldmarschall Freiherr v. Heß ist gestorben.

Ausland.

Paris, 9. April. Die Polizei hat einige Vorsichtsmaßregeln für morgen (10. April) getroffen, an welchem Tage ein allgemeiner Strike beginnen soll. Die Truppen sind zwar nicht konisgnirt worden, man hat aber die Polizeiwachposten verstärkt und die Polizeibeamten der verschiedenen Viertel von Paris haben Befehl, von 10 bis 1 Uhr ihre Posten nicht zu verlassen. Was die Behörden zum Ergreifen dieser Vorsichtsmaßregeln hauptsächlich bestimmt hat, ist der Umstand, daß mehrere große Fabrikbesitzer wegen der Stimmung eines Theiles ihrer Arbeiter beunruhigt sind. Daß zu dieser allgemeinen Arbeitseinstellung durch anonyme Maueranschläge fortwährend aufgefordert wird, ist übrigens sicher. Einer derselben lautet: „Kaspail ist sehr krank. Florens ist in der Verbannung. Unser Deputirter Rochefort ist im Gefängniß. Gehorchen wir dem Lösungsworte, welches an der Mauer des Faubourg angehängt worden ist. Ganz Frankreich muß die Arbeit einstellen, denn wir haben keine Deputirten. Die Linke ist überreichlich bezahlt, um nichts zu sagen. Dies ist so klar wie der Tag. Erheben wir uns, Volk, und verjagen wir alle diese Blutegeißel!“ Aus welcher Quelle diese Plakate stammen, ist nicht bekannt. — Der Prinz Peier Bonaparte hat am letzten Montag die 25,000 Franken Schadenersatz an den Vater von Viktor Noic bezahlt. Außerdem hat der Prinz noch zu bezahlen: 20,000 Franken an seine beiden Vertheidiger, 20,000 Franken an die Armen von Tours, 10,000 Fr. für die Reise nach Tours und ungefähr 110,000 Fr. für Gerichtskosten. Der Kommandant de Ramolino, der Vetter des Prinzen Peter, der ihn auf seiner Reise nach Tours begleitete, ist zum Grafen und Offizier der Ehrenlegion ernannt worden.

Paris, 11. April. Die gestern angekündigte Revue fand heute auf dem Carousselplatz und dem Tuilerienhofe statt. Die Garde de Paris zu Fuß, die Feuerwehrmänner und ein Theil der Linien-Infanterie war im Tuilerienhofe, die übrige Infanterie, die Garde de Paris und die acht Batterien Artillerie, diese nach der Seite der Rue Rivoli hin, auf dem Carousselplatz aufgestellt. Der Kaiser und der kaiserl. Prinz nebst ihrem Gefolge stiegen gegen zwei Uhr zu Pferde. Sie wurden von der Garde de Paris mit begeisterten Rufen, von der Infanterie ganz gut, dagegen von der Artillerie ziemlich kalt empfangen. Als der Kaiser und sein Gefolge bei letzterer ankam, ereignete sich ein eigenenthümlicher Vorfall. Ein Mann, der sich mitten in die Artillerie hineingeschlichen hatte, wurde plötzlich von drei Polizeienten und einem Polizeikommissär festgenommen. Ein Artillerieoberst hatte ihn bemerkt und die Polizei durch ein Zeichen auf den Mann aufmerksam gemacht. Der Mann leistete einigen Widerstand, aber die Polizei schleppte ihn weg und brachte ihn auf einen Polizeiposten. Die Revue selbst wurde durch diesen Zwischenfall — es ist noch ganz unbekannt, ob der Mann schlimme Absichten hatte — nicht gestört. Der Kaiser selbst schien ihn gar nicht zu bemerken. Derselbe sah übrigens sehr wenig heiter aus; auch schien er angegriffener zu sein, als bei der letzten Revue. Nach dem Vorbeiritt wurden einige Kreuze und Medaillen vertheilt, worauf der Vorbeimarsch begann. Etwas nach 2 1/2 Uhr war alles zu Ende. Vor der Revue war Ministerrath.

Paris, 12. April. Die Pariser Arbeiter haben der Aufforderung zur allgemeinen Arbeitseinstellung keine Folge gegeben. Es ist vergangenen Sonntag gar nichts derart vorgekommen. In dem Prozeß, welcher vor dem Zuchtpolizeigericht von Autin gegen die Ruhestörer des Kreuzot geführt worden ist, ist nur eine Frau freigesprochen, dagegen sind zwei Angeklagte zu 3 Jahren, vier zu 2 Jahren, drei zu 13 Monaten, vier zu 8 Monaten, sechs zu 6 Monaten, vier zu 3 Monaten und einer zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Man findet diese Strafen sehr hart. Man fragt sich, wie es möglich ist, daß man 25 strikende Arbeiter zusammen zu 298monatlicher Freiheitsberaubung verurtheilen kann.

* **Paris, 12. April, Abds.** Im Senat wurde der

Bericht Deviennes, welcher leichte Modifikationen zu dem Senatskonsult vorschlägt, einstimmig und beifällig aufgenommen. Die Diskussion wurde auf den 14. April festgesetzt.

Im gesetzgeb. Körper entwickelte Gabetta einen Antrag betreffs der Zeit des Plebiszits.

Die Frage über die Dringlichkeit des Antrags wurde vom Großsiegelbewahrer bekämpft und mit 170 gegen 57 Stimmen verworfen. Die Kammer wird sich nächsten Donnerstag bis nach der Volksabstimmung, welche wahrscheinlich am 1. oder 8. Mai stattfinden wird, vertagen. Der Rücktritt des Grafen Daru ist immer noch wahrscheinlich.

Paris, 13. April. Der Rücktritt des Grafen Daru gilt in unterrichteten Kreisen als sicher. Wie es heißt, würde nach dem Rücktritte des Ministers die Ueberreichung der nach Rom gegangenen Note aufgeschoben werden und Frankreich gegenüber dem Concil eine rein zuwartende Haltung annehmen.

* **Rom, 12. April.** Heute fand im Concil die Abstimmung durch Namensaufruf über den vollständigen Text des Schemas de fide statt. 515 Bischöfe antworteten bejahend, 83 mit Vorbehalt. Die nächste allgemeine Kongregation wird nächsten Dienstag stattfinden.

— **Florenz, 10. April.** Die Regierung steht einer großen revolutionären Gefährdung gegenüber und fühlt sich sehr unsicher, da namentlich auch die Armee kein sicherer Verlaß mehr ist. Die Bande der Ordnung und Sicherheit lösen sich zusehends auf; man steuert aus der gemüthlichen Anarchie dem allgemeinen Zusammenbruch entgegen. Die mazzinistische Bewegung dauert fort, die Offiziere sind in den Kasernen konisgnirt; in Pisa wurde die Garnison und die Polizei gewechselt; in Neapel sind viele für Palermo bestimmte Dolche konisgnirt worden. — Der Herzog von Monzon hatte ein Telegramm an Franz II. von Neapel gerichtet, des Inhalts: ein Mitglied des Hofstaats des Herzogs von Numale sei durch Auffindung von Waffen und Munition kompromittirt worden; die Prinzen des Hauses Orleans sind überhaupt revolutionärer Umtriebe und Theilnahme an illegalen Versammlungen verdächtig. Die Präfektur erklärte deshalb das Gastrecht des Herzogs von Numale nicht mehr respektiren zu können. Daher erfolgte die Abreise der Herzoge von Monzon mit Gemahlin und von Nemours.

* **Madrid, 12. April.** Der Herzog von Montpensier wurde zu einem Monat Verbannung aus Madrid und 30,000 Fr. Selbstschädigung verurtheilt.

* **London, 11. April.** Gegen das Projekt der Einführung konfessioneller (Staats-) Elementarschulen hat sich auch diesseits des Kanales eine Bewegung erhoben. In der St. James-Halle hat unter dem Voritze des Earl of Shaftesbury ein großes Meeting stattgefunden, welches eine Petition an das Parlament beschloß gegen die Einführung konfessionsloser Schulen.

Liverpool, 12. April. Der hier aus Brasilien eingetroffene Dampfer „Tycho de Brahe“ überbrachte die Nachricht, daß General Lopez getödtet und somit der Krieg mit Paraguay beendet sei.

Petersburg. Ein kaiserlicher Ukas vom 27. Febr. d. J. enthält, wie der „Ditseeztg.“ berichtet wird, genaue Vorschriften darüber, für welche Vergehen und in welcher Weise die körperliche Züchtigung gegen Beamte der untern Rangstufen zu vollstrecken ist. In dieser kurzen Notiz liegt eine vernichtende Kritik der russischen „Civilisation.“

✓ **Konstantinopel.** Der Wiener „Presse“ wurde unter dem 9. d. aus der türkischen Hauptstadt gemeldet: Die Griechen verlangen die Abdankung des Patriarchen, wenn dieser nicht kategorisch die Ferman betreffs der bulgarischen Frage verwirft. Der seit langen Jahren zwischen der bulgarisch-schismatischen Kirche und der griechischen Mutterkirche obschwebende Zwist ist vor Kurzem durch die Psorie in der Weise entschieden worden, daß die Lostrennung der erstern von der Autorität des Patriarchen von Konstantinopel staatlich sanktionirt wurde. Dem „Français“ wurde aus Konstantinopel über diesen Schritt geschrieben: „Der Sultan hat nunmehr die bulgarisch-schismatische Kirche unabhängig gestellt. Das verhängnißvolle Beispiel, mit dem der Czar vorangegangen ist, hat im Oriente eine Nachahmung gefunden, und ein mohamedanischer Herrscher sich das Recht angemahnt, einer christlichen Kirchengemeinschaft ein geistliches Oberhaupt unter dem Namen eines Erarchen zu geben, Bischöfner zu errichten, die dogmatischen Beziehungen der neuen, von ihm dekretirten Kirche zu der griechisch-schismatischen Kirche, welche er zerstückelt, zu regeln, zu verfügen, daß der Name des Patriarchen von Konstantinopel bei den gottesdienstlichen Feierlichkeiten der Bulgaren zu erwähnen und die neuen bulgarischen Kirchen von der griechischen Patriarchalkirche mit dem geweihten Oel zu versehen seien etc. Es ist das ein erster Schritt zur Unterdrückung der religiösen Freiheit im ottomanischen Reich, der für die katholischen Kirchen der orientalischen Riten ein trauriges Präcedens bilden dürfte.“

(**Pforzheim, 11. April.** Die Abstimmung für die Mischschule hat eine große Mehrheit für deren Einführung ergeben. Jubel über Jubel à la Monnheim und Heibelberg. Der hiesige Glasermeister, welcher vor einigen Wochen ver schwand und als ausgewandert vermutet wurde, ist in der Enz todt gefunden worden. Ob ein Unglück oder Selbstmord vorliegt, ist noch nicht ermittelt.

5 **Bom Neckar, 10. April.** Die diesjährigen Fastenpredigten in Heidelberg hielt Herr Bertels, Pfarrer der Gesellschaft Jesu. Er hat sich den Beweis von der Gottheit unseres Heilandes zur Aufgabe gestellt. Auf derselben Kanzel predigte im Anfang der 1850er Jahre Pater Roh gegen den Unglauben. Dessen Predigten waren auch stark von den Gelehrten der Universität und von der studirenden Jugend besucht. Von seiner letzten Predigt, zum Schluß der Mission, ist uns Folgendes besonders in der Erinnerung geblieben. Pater Roh sagte, gegen einen Punkt der Kirche hingewendet, woselbst uns eine Gruppe gelehrter Herren zu stehen schien: „Da tragen sie den Dank der Negation aus allen Jahrhunderten zusammen auf einen Haufen (der Vater machte dabei die Geste des Aufhäufens) und sagen: Das ist mein System. Pfui! Es ist unverantwortlich, das Volk um seinen Glauben zu betrügen. Dieses ewige Suchen nach der Wahrheit: wer die Wahrheit hat, braucht sie nicht zu suchen.“ — Die „Chr. Z.“ wird sich müssen daran erinnern lassen, welchen großen Haufen . . . sie im Schweiß des Angeichts seit einem halben Jahre zusammengetragen hat.

6 **Sulzbach (Weinheim), 8. April.** Gestern brannte hier ein Wohnhaus sammt Scheuer und Stallung nieder.

Freiburg, 9. April. Der „Oberh. Courrier“ schreibt: (Schwurgericht.) Heute Nachts nach 10 Uhr endeten die Schwurgerichtssitzungen des I. Quartals d. J. und zwar mit dem gegen den Priester Anton Leuthner von Kürzel erlassenen Urtheile, welches auf 15 Jahre Zuchthaus lautete. Die großh. Staatsbehörde, vertreten durch Hrn. Staatsanwalt Mayer, beantragte eine 20 Jahre übersteigende Zuchthausstrafe und zwar mit Schwärzung, allein der Schwurgerichtshof fand auf den Grund des Wahrspruchs der Geschworenen, eine 15jährige Zuchthausstrafe ohne Schwärzung den gesetzlichen Bestimmungen gemäß. Der Angeklagte wurde durch Hrn. Anwalt Marbe vertheidigt. Der großh. Hr. Schwurgerichts-Präsident Dr. Wilhelm hat die Verhandlung geleitet, und wenn man bedenkt, daß in dieser Quartal-Sitzung 108 1/2 Jahre Zuchthaus, 3 Monate Kreisgefängniß erkannt und überdies ein Todesurtheil erlassen und eine Freisprechung erfolgt ist, so wird man sich einen Begriff von dem Umfang der Geschäfte und Schwere der Straffälle machen können, und wenn nun eine Begnadigung des Wilt. Deuschler erfolgen sollte, und dann lebenslängliche Zuchthausstrafe an die Stelle der Todesstrafe treten und diese nur auf 30 Jahre Zuchthaus gerechnet würde, so lämen 138 1/2 Jahre Zuchthaus heraus, die in einer Quartalssitzung ausgesprochen wurden. Es dürften schwerlich im Großherzogthum Baden so viele Jahre Zuchthaus in einer Sitzung je erkannt worden sein, und wir wollen hoffen, daß dies nicht so bald wieder der Fall sein werde.

Freiburg, 12. April. Nachdem Andreas Leuthner von Kürzel, der zu einer 15jährigen Zuchthausstrafe vom Schwurgerichtshof verurtheilt worden ist, auf die Nichtigkeitsbeschwerde verzichtet hat, ist derselbe heute Vormittags 10 Uhr in Begleitung des Gefangenwärters Gahmann und eines Polizeidieners an die großh. Zellengefängniß-Verwaltung Bruchsal zur Erledigung seiner Strafe auf der Eisenbahn abgeleitet worden. Es sind nun alle Verurtheilten an die betr. Strafanstalten abgeliefert worden. (Oberh. Cour.)

7 **Von der Zollergrenze, 4. April.** In letzter Woche büßte ein junger Mann aus Göggingen auf einem stehenden Rollwagen in Westrich sein Leben ein und heute Nacht brannten in Laiz zwei Häuser ab. Die „Ablach“ will sich in Sand verlaufen und Westrich's Organist will nicht mehr spielen, nachdem die Bauernichtsmänner in zweifeltiger Unschuld ihre Hände gewaschen.

8 **In Heddesheim bei Heidelberg** brannten am 8. d. zwei Wohnhäuser nebst Scheuern und einem großen Theile der Fahrnisse nieder.

9 **Zu Pterolshofen, A. Kort,** gingen in der Nacht vom 10. d. Stallung, Scheuer und Schopf eines Ortsbürgers in Flammen auf.

10 **Das Engelwirthshaus zu Niedermühle, A. St. Blasen,** ist in der Nacht vom 9. auf den 10. mit sämtlichen Fahrnissen niedergebrannt. Es wird Brandstiftung vermutet.

11 **Zu Bahlingen** erhängte sich am 8. d. Mittags, ein elfjähriger Knabe. Furcht vor Züchtigung soll denselben dazu veranlaßt haben.

12 **Briefkasten.** Nach Baden: Hrn. F. J. E. zur Kenntniß, daß wir keine Loose mehr besitzen; Exped. d. Bad. Beob.

Getraut in Karlsruhe.

19. März. Franz Hauf, Sergeant im großh. 2. Dragoner-Regiment, B. in Ostersheim, mit Emma Wächter von Durlach.

23. „ Jakob Diemer, B. in Oberwiesheim, Schneider, mit Ida Köhler von Stein.

Getauft in Karlsruhe.

30. März. Wilhelmine Anna, F.: Karl Würzburger, B. in Hohenwettersbach, Bahnhofschreiner.

3. April. Friedrich Wilhelm Ludwig, B.: Friedrich Werntgen, B. und Kohlenhändler hier.

3. „ Emma Elisabeth, B.: Konrad Beit, B. in Neudorf, Bahnhofarbeiter.

3. „ Georg Joseph Friedrich, B.: Georg Huband, B. in Gerlachsheim, Blechner im Bahnhof.

3. „ Heinrich, B.: Heinrich Kreis, B. in Schwesingen, Fabriksschreiner hier.

3. „ Anna Luise, B.: Johann Haaf, B. in Mauer, Schreiner im Bahnhof.

4. „ Gustav, B.: Joseph Spohn, großh. Zahlmeister.

5. „ Luise, B.: Ludwig Frisch, B. in Gaggenau, Heizer.

Des hl. Charfreitags wegen erscheint morgen unser Blatt nicht.

